

Faktenblatt: Der europäische Textilhandel mit Pakistan

Im September 2012 starben mehr als 250 Arbeiter_innen bei einem Fabrikbrand in Karatschi, Pakistan. Durch Medienberichte wurde bekannt, dass der Produzent weder Brandschutz- und Sicherheitsstandards, noch Arbeits- und Sozialstandards eingehalten hat. Jedoch wurde die Einhaltung dieser internationalen Standards einige Tage vor dem verheerenden Brand von RINA, einem italienischen Subunternehmen der globalen Zertifizierungsinstitution „Social Accountability International“ (SAI), im Rahmen eines Sozial-Audits zertifiziert.

Was ist ein Sozial-Audit?

Der Sozial-Audit überprüft kritisch unternehmerische Prozesse und Strukturen hinsichtlich ihrer sozialen und ethischen Konfliktpotenziale. Demnach sollen Produktionsaufträge auf Einhaltung von Sozialverantwortlichkeitsnormen überprüft werden. Bei Erfüllung der Anforderungen wird für eine begrenzte Zeit ein entsprechendes Zertifikat vergeben.

SAI ist ein privates Unternehmen, überwiegend bestehend aus Vertreter_innen der privaten Industrie und einigen Vertreter_innen aus der Zivilgesellschaft und aus Gewerkschaften. Das Unternehmen entwickelte 1997 das Zertifikat SA 8000, welches sich als internationale Norm etabliert hat. Laut SAI ist es ein industrieübergreifendes und transparentes Instrument, um Arbeitsbedingungen zu messen, zu vergleichen und zu bestätigen.¹ Auf solche Zertifikate und Sozial-Audits berufen sich immer wieder auch europäische Textilkonzerne, anstatt staatliche Arbeitsinspektionen einzufordern oder eigene kompetente Mitarbeiter_innen zur Überprüfung der Standards in die Produktionsländer zu entsenden. Im Fall von Karatschi ist der deutsche Textilkonzern KiK für ein solches, fahrlässiges Vorgehen zu kritisieren.

Staatliche Arbeitsinspektionen in ausschließlich privater Hand

In Pakistan wurden vor einigen Jahren fast alle staatlichen Arbeitsinspektionen durch die Regierung außer Kraft gesetzt und somit ist die Einhaltung des nationalen Arbeitsrechtes nicht mehr gewährleistet. Stattdessen unterstützt die Regierung private Zertifizierungen, allen voran das SA 8000. Die Folge: Pakistan hat weltweit die fünfthöchste SA 8000-Zertifizierungsrate und dadurch erfüllen laut SAI die pakistanischen Produzenten im hohen Maße international geltende Arbeits- und Sicherheitsstandards.² Diese Situation entspricht jedoch nicht der Realität, wie der Fabrikbrand in Karatschi gezeigt hat.

Durch ein strukturelles Problem kommt es zu dieser paradoxen Aufstellung: Arbeitsinspektionen, welche die Aufgabe des Staates sind, werden als private Dienstleistung angeboten. Die pakistanische Regierung hat privaten Unternehmen die (öffentliche) Inspektionsarbeit gänzlich übergeben, womit der Staat sich seiner Verantwortung gegenüber den Fabrikarbeiter_innen entzogen hat. SAI verteidigt gemeinsam mit seinen Subunternehmen und Zertifizierungspartnern SA 8000 als keinen Ersatz für staatliche Regulation und Verantwortung, sondern als ergänzender Zustandsbericht mit Verbesserungsanalyse.³

Aus zivilgesellschaftlicher Perspektive wird dieses Zertifizierungsverfahren für Pakistan und viele andere Produktionsländer als ungenügend kritisiert:⁴

- Die Inspektionen sind überwiegend angekündigt und daher zumeist eine verzerrte Momentaufnahme.

- Arbeitgeber klären Mitarbeiter_innen meist nicht über ihre Rechte auf und drängen zu Falschaussagen zugunsten der Fabrik.
- Gewerkschaftsvertreter dürfen den Audit nicht begleiten.
- Externe Auditoren haben mangelnde Ausbildung und Erfahrung um komplexe Probleme wie z.B. Baurechtsverletzungen sofort zu erkennen.
- Weder Ergebnis noch Konsequenzen des Audits sind transparent; Mitarbeiter_innen und die Öffentlichkeit werden nicht über den Bericht in Kenntnis gesetzt.
- Die Auftragsvergabe ist nicht arbeitsrechterorientiert, sondern preisorientiert. Es existiert kein Netzwerk, welches Auftraggeber über die negativen Audits informiert. So haben die Produzenten weiterhin Aufträge, auch wenn sich ein Auftraggeber von ihnen mangels fehlenden Zertifikats distanziert.

SAI verteidigt seine Arbeit in einigen Kritikpunkten der Zivilgesellschaft wie folgt:^{5, 6, 7}

- Die Inspektionsberichte müssen aus Gründen des Betriebsgeheimnisses und des Auftraggeberschutzes unter Verschluss bleiben.
- Die Inspektionen werden zu Beginn angekündigt, danach unangekündigt durchgeführt.
- Das Problem der Momentaufnahme ist bekannt und das Produkt soll strukturell angepasst werden.

Die nationale Reaktion: Neue Strategie des Landesarbeitsministeriums Sindh

Auf Initiative der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Dezember 2012 einigten sich die pakistanischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vereinigungen mit dem Arbeitsministerium der Provinz Sindh in Karatschi auf ein gemeinsam erarbeitetes Vorgehen. Ein sogenannter „Joint Action Plan“ zur konsequenten Implementierung von internationalen Arbeits- und Sozialstandards (ILO Konventionen) wurde für Ende Januar 2013 angekündigt, liegt jedoch der Öffentlichkeit bislang nicht vor.⁸

Was sind die internationalen Arbeits- und Sozialstandards (ILO Konventionen)?

Menschenwürdige und sichere Arbeit soll laut ILO durch folgende Grundprinzipien⁹ erreicht werden, auf welchen auch (mindestens) die Verhaltenscodices der europäischen Textilkonzerne basieren:

- a) Beseitigung von Zwangsarbeit
- b) Abschaffung von Kinderarbeit
- c) Verbot von Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf
- d) Vereinigungsfreiheit und dem Recht auf Kollektivverhandlungen

Die vier Grundprinzipien sind in acht ILO Kernarbeitsnormen formuliert. Hinzu kommen weitere ergänzende Konventionen zu beispielsweise Arbeitsinspektionen, Entschädigung bei Arbeitsunfällen und zu Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit. Die ILO fordert darüber hinaus sozial gerechte Arbeitsbedingungen durch zum Überleben ausreichende Löhne, durch Krankheits- und Altersabsicherung und durch die Arbeit von gewerkschaftlichen Vertretungen.

Die Reaktion der EU: Diplomatisch, anstatt juristisch

Nach den Fabrikbränden in Bangladesch und Pakistan erläuterte das Europäische Parlament (EP) im Januar 2013 seine Position in der Resolution 2012/2908¹⁰. Es fordert die entsprechenden

Institutionen wie die Europäische Kommission (EC) zu diplomatischen Druck auf, anstatt juristische Konsequenzen wie beispielsweise die Unternehmensstrafbarkeit in europäischen Ländern zu initiieren.

- Das EP kritisiert
 - die im Allgemeinen sehr niedrigen Arbeitsstandards in den betroffenen Ländern und fordert die pakistanische Regierung insbesondere auf, gewerkschaftliche Strukturen nicht einzuschränken und schärfer gegen Kinderarbeit vorgehen.
 - die mangelnde juristische Durchsetzungsfähigkeit der Regierungen bei Verstößen gegen die Sozialstandards der Welthandelsordnung (durch Fabrikbesitzer).
 - keine oder die begrenzte Verantwortungsübernahme von europäischen Auftraggebern.

- Das EP fordert
 - die rigorose Bekämpfung von Korruption durch alle Akteure in den internationalen Lieferketten.
 - von den betroffenen Regierungen staatliche Arbeitsaufsichten, die unabhängig von sozialen Audits durchgeführt werden.
 - von Produzenten die strenge Einhaltung von Maßnahmen zum Arbeitsschutz und zur Arbeitsmedizin.

- Das EP begrüßt
 - das „Bangladesh Fire and Building Safety Agreement“ und ruft weitere Regierungen, Produzenten und Auftraggeber auf, diesem Vorreitermodell zu folgen.
 - die Erörterung eines freiwilligen Standardregimes durch die Europäische Kommission (EC) und anderen relevanten Akteuren (u.a. der Zivilgesellschaft), dessen Fundament Übereinkommen der ILO sein sollen.

- Die EP verlangt
 - von der EC den Druck auf europäische Firmen zur Einhaltung von Sozialstandards zu erhöhen.
 - von der EU die Schulung ihrer Handelsbeauftragten in unternehmerischer Sozialverantwortung.
 - von den EU-Delegationen Beschwerden über europäische (Sub-)Unternehmen entgegenzunehmen.

Hintergrund: Handelsbeziehungen zwischen der EU und Pakistan

Pakistan ist eines von 40 Ländern, denen die Europäische Union (EU) aktuell den Status „Generalised Scheme of Preferences“ (GSP) gewährt hat.¹¹ Das GSP ist ein strategisches Programm der Welthandelsorganisation (WTO) zur Marktliberalisierung in sogenannten Entwicklungsländern. Zusätzlich hat Pakistan seit Ende 2010 den Status einer gesonderten Handelspräferenz, um das Marktwachstum nach der Flutkatastrophe zu begünstigen.¹² Unter diesen zum Dezember 2013 auslaufenden Status werden ca. 70 Produkte zollfrei und acht davon unter höheren Quoten gehandelt, u.a. auch aus dem Textil- und Bekleidungssektor.

Was ist das GSP (Generalised Scheme of Preferences)?

Das GSP soll den Handel zwischen Industrie- und Entwicklungsländern fördern und Produkte aus diesen Entwicklungsländern am internationalen Markt integrieren. Die umfassenden Strukturanpassungsprogramme bauen langsam und gezielt Freihandelsbarrieren wie Zölle und Einfuhrquoten ab. Die EU rechtfertigt die Vergabe und den Einbehalt des GSP-Status an entsprechende Länder durch politische Gründe.¹³ Sie räumt die Eindimensionalität des GSP ein, welches ausschließlich wirtschaftlichen Wachstum und neue Arbeitsplätze fördern soll. Jedoch verteidigt die EU auch ihr Programm mit der Begründung, dass das GSP nur mit anderweitigen Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit erfolgreich sein kann.¹⁴

Als Vertreterin europäischer Händlerinteressen auf staatlicher und supranationaler Ebene kritisiert die „Foreign Trade Association“ (FTA) den Wirkmechanismus des GSP: Der Aufbau von sowohl personeller und institutioneller Kapazitäten, als auch technischer und administrativer Infrastruktur sei für die wirtschaftliche Entwicklung notwendig, nicht aber die niedrigen Zölle.¹⁵

Die europäische Unterstützung bei Pakistans Integration am Weltmarkt ist auch als ein politischer Zug zu verstehen, da das Land als wichtiger politischer Partner in dieser recht instabilen asiatischen Region gilt.¹⁶ Für den Dialog zwischen den Partnern dient die „EU-Pakistan Joint Commission“, welche für alle Handelsfragen und Dispute zwischen den Parteien, insbesondere für die Problembeseitigung am Marktzugang, verantwortlich ist.

Aus pakistanischer Perspektive ist die EU mit 21,2 % des gesamten Exportvolumens wichtigster Handelspartner (neben China). Ca. 78% dieser Exporte stehen unter GSP oder anderen Handelsbegünstigungen, daraus sind wiederum ca. 75% Produkte aus der Textil- und Bekleidungsindustrie.¹⁷ Somit sind Textilien und Bekleidung Pakistans Hauptexport für die EU, insbesondere für Deutschland, das Vereinigte Königreich und Spanien.¹⁸ Gleichzeitig initiiert die EU jedoch Diversifizierungsprogramme vor Ort, um Pakistans wirtschaftliche Abhängigkeit von diesem Sektor zu lösen.¹⁹ Folgende Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2011:²⁰

- Seit 2007 ist das Volumen der europäischen Importe aus Pakistan in dem Sektor Textilien und Bekleidung von 2.672.600.000 Mil. € auf 3.405.000.000 Mil. € gestiegen.
- 74,5% des pakistanischen Exportvolumens an die EU sind Produkte aus der Textil- und Bekleidungsindustrie (restliche Anteile: andere Manufakturprodukte, landwirtschaftliche Produkte etc.). Sektorbezogen sind das 10,5% des europäischen Gesamtimportes.

Aus europäischer Perspektive ist dagegen Pakistan, zumindest den Zahlen nach zu urteilen, kein wichtiger Handelspartner. Das Land belegt Rang 49 von den 50 größten Handelspartnern. Liegt der Fokus nur auf der Textil- und Bekleidungsindustrie, ändert sich das Verhältnis drastisch. Dabei wird jedoch deutlich, dass Pakistan im europäischen Kontext nur als Importland und nicht als Exportland seine wirtschaftliche Stärke erlangt hat:

- Pakistan belegt in der EU-Auflistung von allen ihren Importländern den Rang 4 für Textilien, Rang 8 für Bekleidung
- 5,4 % der gesamten europäischen Importe kamen aus diesen beiden Sparten, wovon Pakistan anteilig 10,5 % lieferte.
- 2,4 % des gesamten europäischen Exportes bestand aus Textilien und Bekleidung, wovon anteilig 0,1 % nach Pakistan gingen.

Aktuell prüft die EU ob Pakistan ab Januar 2014 die Voraussetzungen für den GSP+ Status erfüllt.²¹ Dieser Status ist die Erweiterung des GSP um eine ethische Dimension, da es als wirtschaftliches Instrument an die Förderung und Einhaltung Umwelt- und Sozialstandards gekoppelt ist. Er erhöht die zollfreien Einfuhrquoten, wodurch insbesondere die pakistanische Textil- und Bekleidungsindustrie profitieren würde; die bisherigen Quoten zum zollfreien Import in die EU haben die Produktionsstärke dieses starken Sektors eingedämmt.²²

Was ist das GSP+ (Generalised Scheme of Preferences Plus)?

Das GSP+ ist eine Sonderregelung des GSP, in dem wenig diversifizierte Volkswirtschaften durch enorme Begünstigungen im Freihandel mit der EU zu nachhaltiger Entwicklung und guter Staatsführung angespornt werden sollen. Die Handelspräferenz fordert die effektive Implementierung von 27 völkerrechtlich bindende Übereinkommen der Vereinten Nationen (UN) und der ILO.²³ Konventionen zu beispielsweise Arbeitsschutz, Arbeitsumwelt oder Leistungen bei Arbeitsunfällen gehören nicht zu den verlangten Übereinkommen. Den jeweiligen Konventionen entsprechende, internationale Überwachungsorgane vor Ort berichten im Rahmen ihrer Arbeit regelmäßig an die EC über die Einhaltung dieser Übereinkommen zu Menschenrechten, Arbeitsrechten und Umweltschutz im betroffenen Land.^{24, 25} Beispielsweise überwachen entsprechende Stellen der ILO im Rahmen ihrer Verantwortung die gewerkschaftliche Vereinigungsfreiheit in Pakistan. Beobachtet die ILO die Verletzung betroffener Konventionen, so meldet sie den Ausmaß an die EC.

Bis Ende 2013 sind durch die EU 16 Länder mit diesem Status begünstigt. Beispielsweise hat El Salvador den Status durch einschlägige Reformprozesse erhalten, obwohl die Implementierung aller Übereinkommen mangelhaft war.²⁶ Dahingegen wurde Sri Lanka GSP+ verwehrt, da die singhalesische Regierung sich entgegen der europäischen Aufforderung nicht für Kinderrechte und gegen Folter aussprach.²⁷ Die FTA begrüßt eine solche Vergabepolitik, warnt jedoch vor Missbrauch des Status.^{28, 29}

Strukturelle Mängel in der Umsetzung von ILO Konventionen

Pakistan hat alle für GSP+ erforderlichen Übereinstimmungen ratifiziert, setzt diese jedoch nur mit erheblichen strukturellen Mängeln um. Beispielsweise wird durch gemeinsam durch Staat und Privatsektor die Kernarbeitsnorm zum Vereinigungsrecht und dem Recht zu Kollektivverhandlungen (Ü098) verletzt: Durch die nationale Gesetzgebung ist die Bildung von Gewerkschaften lediglich auf Fabriken begrenzt. Die wenigen, existierenden Gewerkschaften werden in ihrer Arbeit systematisch und teils auch gewalttätig unterdrückt.

Die Regierung Pakistans hat durch Ü081, ihrer nationalen und provinziellen (in den Industrieregionen Sindh und Punjab) Gesetzgebung eine dreifache Verpflichtung zu umfassenden Inspektionen. Jedoch verteilen sich die Zuständigkeiten und Aufgaben dazu auf ca. 15 verschiedene Gesetze und mehrere Regierungsstellen, sodass eine eindeutige Handlungsgrundlage und eine entsprechende Regierungsstelle fehlen.³⁰

Was beinhaltet das ILO-Übereinkommen zur Arbeitsaufsicht im Gewerbe und Handel?

Unter Ü081 verpflichten sich Länder die Einhaltung der Arbeitsgesetze durch staatliche Inspektionen zu gewährleisten und in diesem Rahmen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer über Rechte und Pflichten zu belehren. Die Arbeitsinspektoren müssen entsprechend geschult sein: im Textil- und Bekleidungssektor werden überwiegend Inspektoren mit chemischen und baurechtlichen Kenntnissen benötigt.

In Sindh kann die Registrierung des Fabrikgebäudes gesetzlich umgangen werden. Arbeitsaufsichten sind wegen Korruption suspendiert und Bauaufsichtsprüfungen finden einmalig bei Errichtung des Gebäudes statt, erneute Prüfungen z.B. bei Anbauten werden nicht vorgenommen. Die Provinzregierung lässt ihre Inspektoren die wenigen Aufsichten nur angekündigt durchführen, nachdem sich die industrielle Vereinigung „Sindh Industrial Trading Estate Limited“ (SITE) über unangekündigte Begutachtungen beschwert hat. Zudem gab es Berichte von gewalttätigen Übergriffen auf die staatlichen Inspektoren durch Fabrikbesitzer.^{31, 32}

Nach dem Fabrikbrand in Karatschi hat die Provinzregierung in Zusammenarbeit mit der ILO die Wiedereinführung und den Aufbau von staatlichen Inspektionen veranlasst. Alle nicht registrierten Fabrikgebäude sollen erfasst werden und die Brand- und Sicherheitsvorkehrungen aller Fabriken dokumentiert werden. Jedoch herrscht erheblicher Personalmangel in der Aufsichtsbehörde und den wenigen, angekündigten Inspektionen wird von Fabrikbesitzern der Zugang verweigert.³³

Europäische Auftraggeber profitieren auf Kosten der Arbeiter_innen

Medienberichten zu Folge zeigen die ausländischen Auftraggeber Fahrlässigkeit bei der rigorosen Einhaltung der internationalen Sozialstandards zugunsten ihres Profits: Pakistanische Arbeitgeber, die ihren Mitarbeitern entsprechende Rechte und Schutz zugestehen und daher etwas teurer produzieren, bekommen keine Aufträge. Andere Fälle zeigen, dass bereits in Verruf geratene Bekleidungskonzerne vorbildliche Bedingungen in den Fabriken veranlassen, um ihr Konzernprofil zu retten.^{34, 35}

Die mit anderen südasiatischen Ländern, aber auch untereinander stark konkurrierenden pakistanischen Produzenten stehen durch ihre westlichen Auftraggeber unter Druck: Die schnellste, kostengünstigste und flexibelste Produktion erhält den Auftrag. Die Preispolitik der europäischen Textilkonzerne kalkuliert Mehrkosten für solche Einforderungen nicht ein, sodass der Produzent seine Arbeiter_innen damit belastet: Zum Überleben angemessene Löhne, gesunde Arbeitszeiten und Sozialleistungen wie Kranken- und Altersversicherung werden grundsätzlich ausgeschlossen.

Des Weiteren nehmen Produzenten (teils illegale) Anbauten an ihrem Fabrikgebäude vor oder verlagern ihre Produktion in einen großen Wohnraum, um so durch einen vergrößerten Betrieb höhere Produktionszahlen in verringerter Arbeitszeit erzielen zu können. In der Regel erfüllen diese provisorischen Fabrikgebäude nicht die Auflagen für Brandschutz und Sicherheit in industriellen Räumen. Diese allgemeinen Missstände sind den europäischen Textilkonzernen bekannt. Sie fordern jedoch keine Sozial-Audits zusätzlichen staatlichen Inspektionen bzw. führen keine direkte Überprüfung durch. Damit riskieren Auftraggeber und Produzent bewusst die Gesundheit und das Leben der pakistanischen Textilarbeiter_innen, samt ihrer Familien.

-
- ¹ <http://en.wikipedia.org/wiki/SA8000>, Stand: 15.04.2013.
- ² http://somo.nl/publications-en/Publication_3943, Stand: 15.04.2013.
- ³ http://www.sa-intl.org/index.cfm?fuseaction=Page.ViewPage&PageID=1342#_UXj8zleEXcs, Stand: 15.04.2013.
- ⁴ http://somo.nl/publications-en/Publication_3943, Stand: 15.04.2013.
- ⁵ http://www.rina.org/en/rina_details/ali_enterprises_rina_actions.aspx, Stand: 15.04.2013.
- ⁶ http://www.sa-intl.org/index.cfm?fuseaction=Page.ViewPage&PageID=1342#_UXj8zleEXcs, Stand: 15.04.2013.
- ⁷ http://www.rina.org/files/pdf/Rina_Details/QandA_en.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ⁸ http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/dsas/dv/ilo_involvement_fire_safe/ilo_involvement_fire_safety.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ⁹ <http://www.ilo.org/berlin/arbeits-und-standards/kernarbeitsnormen/lang--de/index.htm>, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁰ <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=MOTION&reference=B7-2013-0004&language=EN>, Stand: 15.04.2013.
- ¹¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/december/tradoc_150164.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ¹² http://www.wto.org/english/news_e/news10_e/good_30nov10_e.htm, Stand: 15.04.2013.
- ¹³ http://www.wto.org/english/thewto_e/whatis_e/tif_e/fact2_e.htm#seebox, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁴ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/december/tradoc_150164.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁵ http://www.fta-eu.org/doc/unp/opinion/en/fta_opinion_1304_en.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁶ <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/pakistan/>, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁷ <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/pakistan/>, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁸ <http://www.prgmea.org/pdf/50412.pdf>, Stand: 15.04.2013.
- ¹⁹ <http://ec.europa.eu/trade/policy/countries-and-regions/countries/pakistan/>, Stand: 15.04.2013.
- ²⁰ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2006/september/tradoc_113431.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²¹ <http://www.nation.com.pk/pakistan-news-newspaper-daily-english-online/business/12-Apr-2013/pakistan-to-get-gsp-plus-status-by-year-end-eu>, Stand: 15.04.2013.
- ²² http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/december/tradoc_150164.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²³ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2011/may/tradoc_147893.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²⁴ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2013/february/tradoc_150584.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²⁵ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/december/tradoc_150164.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²⁶ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2012/december/tradoc_150164.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ²⁷ <http://www.bbc.co.uk/news/10514634?print=true>, Stand: 15.04.2013.
- ²⁸ <http://www.fta-eu.org/doc/unp/opinion/en/FTA%20Position%20Paper%-20on%20Public%20Consultation%20GSP.pdf>, Stand: 15.04.2013.
- ²⁹ <http://www.fta-eu.org/doc/unp/opinion/en/Position%20Paper%20on%20GSP.pdf>, Stand: 15.04.2013.
- ³⁰ http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_protect/---protrav/---safework/documents/policy/wcms_187800.pdf, Stand: 15.04.2013.
- ³¹ <http://tribune.com.pk/story/438862/sindh-governor-not-cm-called-off-factory-checks-in-1999-tribunal-told/>, Stand: 15.04.2013.
- ³² http://www.dailytimes.com.pk/default.asp?page=2012\09\18\story_18-9-2012_pg12_13, Stand: 15.04.2013.
- ³³ <http://dawn.com/2013/04/14/factory-registration-moves-at-snails-pace/print/>, Stand: 15.04.2013.
- ³⁴ <http://youtu.be/U4FmWsWtlQQ>, Stand: 15.04.2013.
- ³⁵ <http://tribune.com.pk/story/438866/burnt-factories-charred-lives-and-shop-floors/>, Stand: 15.04.2013.
- 25